

Medienmitteilung des Grauen Blocks zu den geleakten Polizeivideos

## **Das Verhalten der Basler Polizei und der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der Basel-Nazifrei-Demonstration im Herbst 2018 muss nun gründlich von unabhängigen Stellen untersucht werden!**

Am 24. November 2018 demonstrierten in Basel mehr als 2000 Menschen gegen eine Veranstaltung der rechtsextremen PNOS. Am späten Nachmittag eskalierte die Situation: Es kam zu Gummischroteinsätzen und Steinwürfen. Darauf führte die Stawa bei zahlreichen Aktivist\*innen Hausdurchsuchungen durch, veröffentlichte die Gesichter zahlreicher Menschen auf einem Online-Pranger, erhob gegen Dutzende Aktivist\*innen Anklage und trat eine beispiellose Prozesslawine los, die zu unzähligen bedingten und unbedingten Gefängnisstrafen sowie hohen Bussen führte. In vielen Fällen konnte den Verurteilten keine individuelle Straftat nachgewiesen werden, sondern es stand die blossе Teilnahme an der Demo im Vordergrund («Landfriedensbruch»). Die Prozesse sind Teil einer mehrjährigen Kampagne von Polizei und Staatsanwalt, ökologische, feministische und antifaschistische Aktivist\*innen zu kriminalisieren. Diese gipfelte vor kurzem im Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität zwecks einer Anklage gegen die Basler Nationalrätin Sibel Arslan, die zur Vermittlung an eine Frauendemo herbeigerufen worden war.

Nun wurde dem Grauen Block von unbekannter Seite ein 23-minütiger Film\* zugespielt, der auf einer umfassenden Analyse der Videos basiert, die am 24. November 2018 von Polizei und Privaten gedreht wurden. So lassen sich die Geschehnisse an jenem Tag erstmals genau rekonstruieren. Und dabei lässt sich belegen, dass die damalige Eskalation von der Polizei ohne Not herbeigeführt wurde und die Gummischroteinsätze willkürlich und unverhältnismässig waren. Mehrmals schossen die Beamt\*innen ohne ersichtliche Gründe in eine friedliche Menge, und immer aus nächster Nähe. Polizisten, welche die Ereignisse filmten, kamen zum Schluss, dass ohne Gummigeschosseinsatz wohl keine Steine geflogen wären. Ebenso zeigen die geleakten Videos, dass die Staatsanwaltschaft und Baschi Dürr das Basler Parlament belogen haben, indem sie in ihrer [Antwort](#) auf eine Interpellation zum Gummischrot-Einsatz sowie besagtem Video trotz Kenntnis der Polizeivideos die Sachlage wiederholt verzerrt und offensichtlich falsch darstellten.

Gemäss einer Stellungnahme der Basler Regierung aus dem Jahr 2016 muss die Stawa «von Amtes wegen» eine Untersuchung einleiten, wenn es bei einem Gummigeschoss-Einsatz zu schweren Verletzungen kommt. Dies war an der Basel-Nazifrei-Demo zweifelsohne der Fall, wie die damaligen Presseberichte und die Beobachtungen der Polizeifilmer zeigen. Dennoch ist von einer Untersuchung nichts bekannt. Zudem verletzen die Einsätze eine weitere Vorgabe der Basler Regierung, wonach Gummigeschosse nur aus einer Distanz von 20 Metern oder mehr eingesetzt werden dürfen, sofern keine Notwehr vorliegt. Die geleakten Videos zeigen eindeutig, dass die Distanz von 20 Metern nicht eingehalten wurde, obwohl ganz offensichtlich keine Notwehrsituation bestand.

Wir finden, es reicht mit Lügen, unverhältnismässigen Polizeieinsätzen und der gezielten politischen Kampagne der Basler Staatsanwalt. Die Vorgänge müssen jetzt gründlich von unabhängigen Stellen untersucht werden. Polizeikommandant Martin Roth und der frühere Regierungsrat Baschi Dürr haben ausgesagt, eine Untersuchung der Vorfälle sei nicht nötig, weil ja niemand Anzeige eingereicht habe. Um dem Wunsch der Herren nachzukommen,

haben wir nun offiziell Anzeigen gegen die Kantonspolizei Basel-Stadt u. a. wegen schwerer Körperverletzung und versuchter schwerer Körperverletzung sowie gegen die Kriminalpolizei Basel-Stadt ebenso wie gegen die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt u. a. wegen Urkundenfälschung, Amtsmissbrauch, Begünstigung und Freiheitsberaubung eingereicht (s. Anzeige). Wir wissen, dass wir uns damit in eine gefährliche Situation begeben: In der Vergangenheit wurden Leute, die es wagten, das Verhalten der Polizei auf seine Rechtmässigkeit hin prüfen zu lassen, sofort mit Gegenanzeigen eingedeckt, mit der Absicht, die Kritiker\*innen mundtot zu machen (siehe etwa die unrühmliche Geschichte um die Räumung der Basler Matthäuskirche im Frühjahr 2016).

Der Graue Block, Basel, 17. Dezember 2021